



Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ
Volkshaus/Stauffacherstr. 60, 8004 Zürich
Briefpost: Postfach, 8026 Zürich
T : 044 241 97 97 / F: 044 241 97 89
info@gbkz.ch
www.gbkz.ch/
PC 80-7816-3

Zürich, 22. Juli 2011

Die Politik für das Gemeinwohl stärken

Gute Ausbildung und sichere Arbeit, fairen Lohn und materielle Absicherung gegen Schicksalsschläge, keine Diskriminierung und einen würdigen Ruhestand ohne Not – dafür setzen sich die Gewerkschaften zum Wohl der Werk tätigen in unserem Land ein.

Um diese Ziele zu erreichen, sind auch die Politikerinnen und Politiker in Bundesbern gefordert: Gesetze müssen gute Schulen und Ausbildung garantieren; eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Visier haben; gut ausgebaute Sozialversicherungen müssen Sicherheit bieten vor den Folgen von Krankheit, Unfall, Invalidität und Arbeitslosigkeit; Steuergesetze müssen dafür sorgen, dass die Lasten gerecht verteilt werden und ein effizienter Service public finanziert werden kann; gleiche Rechte für Mann und Frau, Ausländer und Einheimische müssen umgesetzt werden; die Altersvorsorge muss ausgebaut werden, um ein anständiges Leben zu sichern.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode sind das Soziale, das Gemeinwohl und die Rechte der werktätigen Mehrheit der Schweiz zunehmend unter Druck geraten. Die Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier macht Politik im Dienste finanzkräftiger Sonderinteressen, der Abzocker und Superreichen. Egoistisches Gewinnstreben weniger Privilegierter und die Geringschätzung von Minderheiten haben im Parlament allzu oft eine Politik des Ausgleichs, der sozialen Gerechtigkeit und der Rücksicht auf unsere natürlichen Ressourcen überrollt.

Das muss sich in den nächsten vier Jahren ändern! Hierfür braucht es Volksvertreterinnen und -vertreter, die Politik als Dienst am Gemeinwohl und am sozialen Ausgleich verstehen, die sich für gerechte Verhältnisse und starke öffentliche Dienste einsetzen. Die Gewerkschaften wünschen sich ein Parlament, das Nein zu Lohn-dumping und Ja zu flächendeckenden Mindestlöhnen sagt, das die Renten heraufsetzt und den Sozialabbauern eine Abfuhr erteilt, das sich gegen eine Zweiklassenmedizin wehrt und für bezahlbare Krankenkassenprämien sorgt, das Immobilienspekulanten in die Schranken weist und sich darum kümmert, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Kandidatinnen und Kandidaten, die diese Ziele teilen, empfiehlt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ zur Wahl in den National- und Ständerat.

Der Gewerkschaftsbund ist eine parteipolitisch unabhängige Organisation. In den Gewerkschaften sind Arbeitnehmende aus allen Parteien organisiert.